

An die
Medien

Dortmund

Pressemitteilung

07.12.2005

Grüne fordern Sozialticket für ALG II-BezieherInnen

Zu einem Meinungsaustausch haben sich am vergangenen Montag die Bochumer und Dortmunder Ratsfraktionen der GRÜNEN in einer gemeinsamen Sitzung im Bochumer Rathaus getroffen. Eines der dabei diskutierten Themen war die Einführung eines VRR-weiten Sozialtickets für BezieherInnen von Arbeitslosengeld II.

Hintergrund ist die Tatsache, dass die existierenden Ticket-Abos des VRR das Budget von ALG-II-EmpfängerInnen in Höhe von 345 Euro monatlich enorm belasten. Beide Fraktionen sind sich deshalb einig, dass ALG II-BezieherInnen im gesamten Verkehrsverbund ein preisgünstiges Angebot zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs gemacht werden muss, damit auch dieser Personenkreis seine Mobilitätsbedürfnisse bei der Arbeitssuche und im privaten Bereich befriedigen kann.

Eine mögliche Einbeziehung in eventuelle Großkundenangebote ist alleine für sich dabei keine überzeugende Alternative. Bei einem Preisnachlass von lediglich 16 Prozent ist eine solche Lösung noch immer zu teuer. Zusätzlich könnten damit nur die Angebote der jeweiligen städtischen Verkehrsbetriebe genutzt werden.

Die grünen Fraktionsvorsitzenden **Daniela Schneckenburger** (Do) und **Wolfgang Cordes** (Bo) setzen sich deshalb für eine VRR-weite Gesamtlösung ein. „Als Grundstock für die Finanzierung könnte dabei der Fahrgeldtopf der ARGEn dienen. Ein preiswertes Sozialticket ist auch deshalb notwendig, weil Arbeitslose viele Vergünstigungen wie die Pendlerpauschale nicht nutzen können. Die Ermöglichung von Mobilität, insbesondere ökologischer Mobilität, halten wir jedoch für eine zentrale Notwendigkeit für einkommensschwache Familien.“

Das Sozialticket ist auf grüne Initiative schon in den Gremien des VRR thematisiert worden. Zur Verbandsversammlung des VRR am 9. Dezember legt die Verwaltung jetzt einen Beschlussvorschlag vor, der die Einführung eines Sozialtickets ablehnt. Dazu erklären die grünen Mitglieder der Verbandsversammlung **Jörg Drinnhausen** (Bo) und **Mario Krüger** (Do):

“Wir setzen uns weiterhin für ein bezahlbares Sozialticket im gesamten VRR ein. Die Ablehnung des Tickets ohne nähere Prüfung ist zum jetzigen Zeitpunkt mehr als voreilig. Analog zur damaligen Einführung des Schoko-Tickets macht es Sinn, das Sozialticket als zusätzliches Angebot im Rahmen eines einjährigen Pilotversuchs in einer der VRR-Kommunen einzuführen und dann auszuwerten. Außerdem fordern wir vom VRR eine transparente Modellrechnung, die erst eine seriöse Diskussion über die erforderlichen Finanzmittel ermöglichen würde. Die vorliegende Grobschätzung des VRR ist dazu ungeeignet, weil sie z.B. zusätzliche Einnahmen durch Neukunden nicht berücksichtigt.”